

Antrag KT Sitzung  
16.03.09



Fraktion *Die Linke*-DKP  
c/o Werner Bischoff, Grabenstr. 8 -64354  
Reinheim

An die Kreisverwaltung  
Darmstadt/Dieburg  
z. Hd. Herrn Grimm  
Jägertorstrasse 207  
64276 Darmstadt

Werner Bischoff, Grabenstr. 8  
64354 Reinheim

Reinheim, Januar 09

**Betr: Rekommunalisierung der Schulreinigung**

**Beschlussfassung:**

1.) Der Kreistag fordert die Kreisverwaltung auf, umgehende Maßnahmen zu ergreifen, die „Rekommunalisierung der Schulreinigung –d.h. die Durchführung der Reinigung mit Beschäftigten des Landkreises an den Schulen des Landkreises Darmstadt/Dieburg – spätestens aber bis zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 – zu realisieren.

2.) Kreisbeigeordneter Fleischmann wird aufgefordert umgehend einen Bericht an alle Kreistagsfraktionen zu erstellen. Hierin wird nach der Rechtsgrundlage § 114s(5) HGO deutlich, wie in der Eigenbetrieben, den Beteiligungen über 20 % - den Zweckverbänden mit kfm. Rechnungslegung des Landkreises DA/DI wie und vor allem wer die Gebäude reinigt. In diesem Bericht wird das Tageskontingent bzw. die zu putzenden Fläche von kreiseigenem bzw. privatem Reinigungspersonal dargestellt. Die Verträge mit privaten Anbietern sind offen zu legen.

**Begründung :**

Der vom Darmstädter Echo publizierte Vorfall mit Reinigungskräften in der Schule Klein Umstadt, die zahlreichen Prozesse der Reinigungskräfte der Joachim Schumann Schule, Babenhausen vor dem Arbeitsgericht Darmstadt machen deutlich, dass die für den Landkreis Darmstadt Dieburg finanziell scheinbar günstigere Fremdreinigung der Schulen gegenüber der Beschäftigung von eigenen Reinigungskräften dazu führt, dass die Reinigungskräfte der Fremdfirmen enormen Druck ausgesetzt sind und Profit nur auf deren Rücken erzielt werden kann. Darunter leidet die Qualität der Reinigungsleistung in den Schulen des Landkreises Darmstadt/Dieburg. Dies wurde auch mehrfach durch Befragungen der Lehrerschaft an den Schulen bestätigt. Bezieht man weiterhin den Aspekt mit ein, dass Beschäftigte in schlecht entlohnten Arbeitsverhältnissen in der Regel auf staatliche Transferleistungen (Aufstockung z.B. ALG II) angewiesen sind, wird deutlich, dass die rein ökonomische Betrachtungsweise – privat ist billiger –nicht stimmt.

**Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.**

**DIELINKE./DKP Walter Hübenbecker  
Werner Bischoff**